

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2554
des Abgeordneten Sigmar-Peter Schuldt
Fraktion der DVU
Drucksache 3/6663

Teure Terminprobleme

Presseberichten zufolge musste der für den 17. November geplante Start für den Umbau des St.-Pauli-Klosters in Brandenburg zum Archäologischen Landesmuseum auf Anfang Dezember verschoben werden. Der Sprecher des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur begründete diese Verschiebung mit Schwierigkeiten, einen Termin für alle an dem Festakt beteiligten Politiker zu finden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie oft mussten in Brandenburg seit 1999 Baumaßnahmen und andere Aktivitäten verschoben werden, weil sich die für den geplanten Beginn als Gäste vorgesehenen Politiker nicht auf einen Termin einigen konnten, keinen Termin finden konnten oder zu den zugesagten Terminen nicht erschienen (Bitte detaillierte Aufschlüsselung nach Kalenderjahren und Projekten)?
2. Wie hoch waren die Kosten, die den beteiligten Unternehmen, Institutionen bzw. der Öffentlichen Hand durch solche Verschiebungen entstanden (Bitte detaillierte Aufschlüsselung)?
3. Bei wem liegt nach Erkenntnissen der Landesregierung die Verantwortung für den vorliegenden Fall in der Stadt Brandenburg?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus solchen Vorfällen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Für Landesbaumaßnahmen liegen keine Informationen über Verzögerungen des Bauablaufes im Zusammenhang mit Terminabstimmungen vor.

Zu Frage 2:

Es ist der Landesregierung nicht bekannt, ob und wenn ja, in welchem Umfang Kosten bei beteiligten Unternehmen, Institutionen bzw. der Öffentlichen Hand durch Verschiebungen im Zusammenhang mit Terminabstimmungen mit Politikern entstanden sind.

Zu Frage 3:

Die Terminverschiebung betraf lediglich den offiziellen Baustart für das St. Pauli-Kloster in Brandenburg und hatte keine nachteiligen Auswirkungen auf den eigentlichen Start der Bauarbeiten. Finanziell wirkte sich diese Terminverschiebung demzufolge nicht aus.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung ist stets bemüht, Termine mit Politikern rechtzeitig abzustimmen, so dass der planmäßige Ablauf einer Maßnahme gesichert werden kann.